

Sperrfrist: 02.06.2025

13.00 Uhr

Pressekonferenz am 02. Juni 2025 zur Veröffentlichung der repräsentativen forsa-Lehrkräftebefragung „Inklusion in Mecklenburg-Vorpommern!“

Statement von Michael Blanck, Landesvorsitzender VBE M-V

- Es gilt das gesprochene Wort -

Begrüßung

Bereits 2015, 2017 und 2020 hat der VBE bundesweite Umfragen zur Umsetzung der Inklusion in den Schulen durchgeführt. So auch in diesem Jahr. Insgesamt wurden bei einer forsa-Umfrage, die der VBE in Auftrag gegeben hat, 2.737 Lehrkräfte befragt. Ein Novum der diesjährigen Umfrage ist, dass Aussagen für elf Bundesländer gemacht werden können. Dazu gehört auch Mecklenburg-Vorpommern, zusammengefasst mit Brandenburg. In M-V wurden 62 Lehrkräfte befragt, in Brandenburg 91.

Diese Ergebnisse wollen wir im Folgenden mit einigen Charts vorstellen.

(Chart 5) Zwei Drittel der Lehrkräfte in M-V sehen die gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung für sinnvoll an. Und das sind sogar etwas mehr als im Bundesvergleich mit 62 Prozent.

(Chart 6) 69 Prozente und damit genauso viel wie bundesweit sehen den gemeinsamen Unterricht derzeit nicht als praktisch sinnvoll an. Das zeigt, die Lehrkräfte sind für eine gemeinsame Unterrichtung bereit, wenn die Voraussetzungen geschaffen wären und das ist eben derzeit nicht der Fall.

(Chart 7) Als Hauptgründe, dass der gemeinsame Unterricht derzeit nicht sinnvoll ist, werden fehlendes Personal, ungenügende materielle Ausstattung wie Größe der Klassenräume, fehlende Aufzüge usw. und die Größe der Klassen angeführt. Damit wird erneut das bestätigt, was wir bereits 2019 bei der Schulgesetzänderung mit dem Schwerpunkt der Einführung einer inklusiven Beschulung gefordert haben: erst personelle, räumliche und sächliche Voraussetzungen schaffen, bevor flächendeckend ein inklusiver Unterricht eingeführt wird.

(Chart 8) 96 Prozent der Lehrkräfte sprechen sich für eine Doppelbesetzung von Lehrkraft und sonderpädagogischer Lehrkraft in inklusiven Klassen aus, wobei 80 Prozent dies für immer als notwendig ansehen und 20 Prozent nur zeitweise (Chart 9). Derzeit haben wir die Situation, dass eine sonderpädagogische Lehrkraft in den meisten Schulen nur für wenige Stunden in der Woche zur Verfügung steht, oder eben auch gar nicht, was 35 Prozent in der Befragung bestätigen.

(Chart 10) So ist es nicht verwunderlich, dass sich rund 30 Prozent auch bei Einführung eines inklusiven Schulsystems für den Erhalt von Förderschulen aussprechen und fast jede zweite Lehrkraft der Meinung ist, dass sie zumindest mehrheitlich erhalten werden muss.

22 Prozent berichten, dass ihre Schule vollständig barrierefrei ist, 40 Prozent teilweise und 36 Prozent sagen, dass die Schule überhaupt nicht barrierefrei ist. Auch hier gibt es also noch viel zu tun.

(Chart 11) Demotivierend vor Ort wirkt u.a., dass trotz inklusivem Unterricht in 67 Prozent der Fälle die Klassengrößen gleich groß bleiben. Keine Zweitbesetzung, gleiche Klassengrößen, damit verbunden mit einem enormen zusätzlichen Kraft- und Zeitaufwand für eine Lehrkraft schafft den Nährboden für Demotivierung und gar Resignation sowohl bei der Lehrkraft als auch bei Schülerinnen und Schülern.

(Chart 12) Wie sind unsere Lehrkräfte darauf vorbereitet? 85 Prozent der befragten Lehrkräfte geben an, dass sie bereits Erfahrungen im gemeinsamen Unterricht sammeln konnten, wobei bei nur 23 Prozent Inklusion wenigstens teilweise Bestandteil der Lehrkräfteausbildung war. Die meisten Lehrkräfte nehmen berufsbegleitend, häufig in ihrer Freizeit, an Fortbildungen teil, wobei gerade einmal 32 Prozent mit den Fortbildungsangeboten sehr zufrieden oder eher zufrieden sind. Das ist etwas mehr als der Bundeswert (Chart 13). Und in diesem Punkt kritisieren wir deutlich das gerade im Landtag verabschiedete Lehrkräftebildungsgesetz. Inklusive, sonderpädagogische Anteile im Lehrkräftestudium nimmt erneut nicht den notwendigen Rahmen ein. Sie sind eher gekürzt, als erweitert worden und das wird die Situation verschärfen. So kann inklusiver Unterricht auch in der Zukunft nicht funktionieren.

(Chart 14) 35 Prozent der befragten Lehrkräfte und damit 10 Prozent weniger als im bundesweiten Vergleich geben an, dass es an ihren Schulen multiprofessionelle Teams gibt. Das ist ein Armutszeugnis für die Inklusionspolitik sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch bundesweit. Nicht erfasst werden kann-

te durch diese Umfrage, wie sich diese multiprofessionellen Teams zusammensetzen. Es kann durchaus sein, dass an einer Schule nicht das Gleiche darunter verstanden wird wie an einer anderen. So überrascht es nicht, dass 10 Prozent keine Angaben gemacht haben bzw. es nicht wissen. Wir fordern schon lange eine klare Definition eines multiprofessionellen Teams.

(Chart 15) Genau das zeigt sich in der Antwort der nächsten Frage: Je 17 Prozent der Befragten geben an, dass Mitglieder des multiprofessionellen Teams durchgängig bzw. zeitweise an jedem Tag zur Verfügung stehen. Das könnten jetzt upF (unterrichtsbegleitendes pädagogisches Fachpersonal), Alltagshelfer oder auch Sonderpädagogen sein. Genauer betrachtet, bedeutet diese Grafik, dass in den meisten Fällen auch in inklusiven Klassen eben keine oder nur zeitweise eine zweite Fachkraft zur Verfügung steht, von einer sonderpädagogischen Lehrkraft ist selten auszugehen.

(Chart 16) Inklusive Beschulung heißt auch ständiger Austausch mit allen Beteiligten. Das wird durch diese Grafik besonders deutlich. Rund 25 Prozent tauschen sich täglich aus, 14 Prozent mehrmals wöchentlich und 28 Prozent wöchentlich. Das ist erfreulich, dass bei rund zwei Drittel aller Lehrkräfte ein regelmäßiger Austausch im Team stattfindet. Andererseits ist dies Arbeitszeit, die häufig zusätzlich zu allen anderen Aufgaben geleistet werden muss und bei der Betrachtung der Arbeitszeit leider keine Rolle spielt.

(Chart 17) Auf die Frage, ob es an der Schule Maßnahmen zur Unterstützung bei der Bewältigung von möglichen physischen und psychischen Belastungen durch die inklusive Unterrichtung gibt, antworteten 80 Prozent mit „Nein“. Das ist eine Bankrotterklärung an die Politik und zeigt uns, dass wir uns zwar alle mehrheitlich für eine inklusive Beschulung aussprechen, aber letztendlich die Lehrkräfte mit der Umsetzung und den Auswirkungen allein gelassen werden.

(Chart 18) So überrascht es nicht, dass über 80 Prozent der Lehrkräfte mit der Inklusionspolitik der Landesregierung sehr bzw. eher unzufrieden sind.

(Chart 19) Das geben auch die Gründe wieder, wobei die mangelnde personelle Ausstattung ganz weit herausragt.

Die Ergebnisse zeigen, dass es so nicht weitergehen kann. Wir benötigen echte Entwicklung, sowohl bei den räumlichen Voraussetzungen und vor allem den personellen Besetzungen. Wir benötigen gute Konzepte, wie auch unter diesen Bedingungen individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler gelingen kann. Förderunterricht, der regelmäßig für die Abdeckung der Studentafel ge-

strichen wird, ist kein ausreichender Förderunterricht. Lehrkräfte, die überfordert werden, fallen häufiger und länger aus. Wir müssen Perspektiven schaffen, auch was die Absenkung der Unterrichtsverpflichtung betrifft. Unser Vorschlag liegt fast drei Jahre auf dem Tisch. Die Bedarfe auch in der Ausbildung müssen endlich richtig erkannt und umgesetzt werden und eben nicht durch ein halberziges Lehrkräftebildungsgesetz.

Und was die Umfrage vor allem zeigt: Wir müssen uns endlich ehrlich machen, nichts beschönigen, sondern die Probleme ernst nehmen und nur so kann man richtige Lösungen finden. Das darf nicht auf die lange Bank geschoben werden!